Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 — Montag, den 24. März 1919 — Nummer 140 • Morgen-Ausgabe

[illegible]

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

[illegible]

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Keine Politik der Gewalt.

Der Moskauer Kommunistenkongreß.

Stockholm, 23. März. Wie ein Funkspruch aus Moskau meldet, ist am 18. März der achte Kongreß der russischen Kommunistischen Partei in Moskau eröffnet worden; nach Begrüßung des Kongresses durch den Volksbeauftragten Losowsky hielt Lenin eine Rede, in der er sich gegen die von Bucharin vorgeschlagene Formel „Selbstbestimmung der arbeitenden Klassen" wandte, da diese Formel die Arbeiterklassen im Auslande gegen den Bolschewismus einnehmen könnte in der Annahme, daß die Bolschewiki ihr System mittels der Bajonette der roten Armee mit Gewalt einführen wollten. Der Kommunismus könne nicht mit Gewalt verbreitet werden. Jede Nation müsse das Recht auf Selbstbestimmung erhalten, da nur hierdurch auch das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Klassen gefördert werden könne.

Bezüglich der Bauern verfolge die russische Kommunistische Partei die Politik, die Bauern allmählich und planmäßig an dem Aufbau des Sozialismus teilnehmen zu lassen, indem man die Bauern von den ländlichen Wucherern absondere und sie durch aufmerksame Behandlung ihrer Bedürfnisse auf die Seite der arbeitenden Klasse herüberziehe.

Von besonderer Wichtigkeit sei die Lösung der Frage der bürgerlichen Facharbeiter. Um diese Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen, müsse man gewisse Opfer bringen und den Facharbeitern eine gute Existenzmöglichkeit bieten. Der Kampf mit der Bureaukratie könne nur dadurch zu einem guten Ende geführt werden, daß die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehme. Niemand sei es eingefallen, die Bourgeoisie aus den Sowjets auszuschließen, sondern diese habe ihre Mitwirkung selbst verweigert. Nachdem der Kampf gegen die Bourgeoisie auf dem Lande erfolgreich beendet und das bäuerliche Halbproletariat organisiert sei, gelte es jetzt, auch den mittleren Bauernstand zu einem Verbündeten und Freund der kommunistischen Revolution zu machen.

Endlich wies Lenin noch darauf hin, daß die hauptsächlichste Aufgabe der russischen Kommunistischen Partei darin bestehe, die rote Armee nach sozialistischen Gesichtspunkten zu organisieren und durch Feldzüge ihr Werk zu vollenden.

Die Rede Lenins bewegt sich in denselben Gedankengängen, die der Führer der russischen Kommunistenpartei im Gegensatz zu dem linken Flügel der Partei vertritt. Seine Aeußerungen über die Bauern und die bürgerlichen Facharbeiter zeigen, daß er von seinen ursprünglichen Forderungen ziemlich erheblich abgewichen ist und geneigt ist, den realen Verhältnissen mehr als früher Rechnung zu tragen. Etwas unklar erscheint lediglich die letzte Aeußerung über die Notwendigkeit der Vollendung des kommunistischen Werkes durch Feldzüge. In der wiedergegebenen Fassung widerspricht sie durchaus dem am Anfang formulierten Standpunkt Lenins, daß der Kommunismus nicht mit Hilfe der Bajonette durchgeführt werden kann.

Ungarns Anschluß an Rußland.

Budapest, 23. März. Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr trat die ungarische Räterepublik im Wege der Tiepeler Funkspruchstation mit der russischen Räterepublik in Verbindung, indem sie an Moskau zu Händen Lenins folgenden Spruch abgab:

Das ungarische Proletariat, welches gestern nachts die ganze Staatsgewalt an sich gebracht hat, hat die Diktatur des Proletariats eingeführt und begrüßt Sie als Führer des internationalen Proletariats. Wir übergeben Ihnen den Ausdruck unserer revolutionären Solidarität und entbieten unseren Gruß dem ganzen revolutionären russischen Proletariat. Die Partei der Sozialdemokraten hat sich auf den Standpunkt der Kommunisten gestellt. Die beiden Parteien wirken im Einvernehmen, und wir nennen uns, solange der Moskauer Kongreß keinen einheitlichen Titel für uns feststellt, ungarländische Sozialistenpartei. Wir erbitten in dieser Hinsicht entsprechende Weisungen. Der Rat der Volksbeauftragten hält gerade jetzt Sitzung. Genosse Bela Kun ist Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. Die ungarische Räterepublik erbittet sich ein Schutz- und Trutzbündnis der russischen Sowjetregierung. Die Waffen in der Hand bieten wir sämtlichen Feinden des Proletariats [illegible] und bitten um sofortige Mitteilung über die militärische Lage.

Abends 9 Uhr 10 Minuten traf folgende Botschaft aus Moskau ein: Meinen aufrichtigen Gruß der proletarischen Regierung der ungarischen Räterepublik und insbesondere dem Genossen Bela Kun. Ihre Botschaft habe ich in diesem Augenblick dem Kongreß der Kommunistenpartei des bolschewistischen Rußland mitgeteilt. Sie wurde mit unendlicher Begeisterung aufgenommen. Um die Beschlüsse des Moskauer Kongresses und ebenso den Bericht über die militärische Lage mitzuteilen, ist es unbedingt notwendig, zwischen Budapest und Moskau eine ständige drahtlose Verbindung aufrechtzuerhalten.

Mit kommunistischem Gruß und Händedruck. Lenin.

Die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 23. März. (Korr.-Bureau.) In der Arbeiterzeitung antwortet der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs auf den Aufruf der Räteregierung Ungarns sich anzuschließen, indem er unter der Betonung, daß die imperialistischen Sieger heute die Hauptfeinde sind, die Erhebung des Proletariats Ungarns gegen die Entente herzlich begrüßt und deren Erfolg wünscht, zugleich aber feststellt, daß das deutsch-österreichische Proletariat zur Zeit dem Beispiel unmöglich folgen könne. „Wir täten es von Herzen gern," heißt es in der Antwort, „aber zur Stunde können wir leider nicht." In unserem Lande sind keine Lebensmittel mehr. Wenn wir eurem Rat folgen, dann würde uns der Ententekapitalismus unerbittlich die letzte Zufuhr abschneiden und uns einer Hungerkatastrophe preisgeben. Unsere Abhängigkeit von der Entente ist eine vollständige. Wohl aber ist es unsere heiligste Pflicht, für alle Fälle gerüstet zu sein. Neuerdings ergeht der Ruf an die Arbeiter allerorten, die Räteorganisation schleunigst auszubauen. Kampfbereit stehen auch wir, gewillt das zu erfüllen, was die geschichtliche Notwendigkeit fordern wird.

Der Kandidat.

Als General v. Lettow-Vorbeck unter gewaltigem Tamtam der bürgerlichen Presse vor einigen Wochen in Berlin begrüßt wurde, machten wir die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam, daß der Lettow-Vorbeck-Rummel mit dem Plane kaisertreuer Offizierskreise in Zusammenhang stehe, den Verteidiger Deutsch-Ostafrikas bei der ersten sich bietenden Gelegenheit auf den Schild zu heben.

Darob natürlich in den „wohlgesinnten" Kreisen gewaltige Entrüstung, die so nachhaltig war, daß noch einige Wochen später Kriegsminister Reinhardt in der preußischen Nationalversammlung uns mit kräftigen Liebenswürdigkeiten bedachte. Nun verbreitet Wolffs Bureau die Meldung, daß der „ruhmreiche, unbesiegbare Verteidiger Deutsch-Ostafrikas" ein Freikorps aufstelle, das als Division Lettow-Vorbeck dem Garde-Kavallerie-Schützen-Korps unterstellt werde.

Als Begründung dieses Schrittes wird angeführt, daß General v. Lettow-Vorbeck sich der Regierung zur Verfügung gestellt habe, um „an der Spitze eines Freikorps für Ruhe und Ordnung im Innern und für den Schutz der Landesgrenzen zu sorgen". Da diese Tätigkeit unter der Leitung des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps vor sich gehen soll, ist anzunehmen, daß sie sich in derselben Richtung bewegen wird, wie die der Offiziersclique aus dem Eden-Hotel, d. h. in der Richtung der planmäßigen Organisation der Konterrevolution unter Anwendung von Meuchelmord, Terror und gewaltsamer Unterdrückung jeder freien Regung der Arbeiterklasse.

Internationale Regelung der Arbeitsbedingungen.

Rotterdam, 21. März. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Paris: Der Internationale Ausschuß für Arbeiterangelegenheiten ist mit seiner Arbeit gut vorwärts gekommen. Die internationale Arbeitergesetzgebung wird einen wichtigen Platz im Völkerbund einnehmen. Der Völkerbund wird den einzelnen Ländern nicht die Freiheit lassen, ihre Arbeitsbedingungen selbst festzusetzen.

Die Lebensmittelschiffe.

Geestemünde, 23. März. Als erste Lebensmittelschiffe fahren, wie die „Weserzeitung" berichtet, die Lloyddampfer „Prinz Friedrich Wilhelm" und „Zeppelin" am Dienstag ab. In den nächsten Tagen folgen weitere Schiffe.

Bremen, 23. März. Die Bremer Seeleute, einschließlich der Offiziere, werden, wie der „Wei[illegible] mitgeteilt wird, am Montag morgen gemeinsam in ein[illegible]sammlung endgültig Beschluß über die Ausfahrt [illegible]

Proteste und Drohungen.

E. P. Es wird wieder stürmisch protestiert. Es wird wieder heftig gedroht. Ostschutz, Schlesierschutz, Saar-Hilfe heißen die Parolen, und in zahllosen Resolutionen wird beteuert, daß soundsoviele tausend deutsche Männer und Frauen Gut und Blut und manches andere daransetzen würden, damit Danzig nicht den Polen zufalle, das Saargebiet den Franzosen nicht zugesprochen werde, Oberschlesien nicht an die Tschechen komme. Von Elsaß-Lothringen ist freilich nur noch flüchtig die Rede, und wenn noch gestern, als Hindenburgs und Ludendorffs Sterne leuchteten, das „ganze deutsche Volk" vom Grafen Reventlow bis zum letzten Scheidemann geschworen hatte, daß es in die Losreißung von Elsaß-Lothringen niemals willigen werde, wenn ehedem auch nur der Gedanke einer Abtretung der Reichslande an Frankreich als Hoch- und Landesverrat galt, so ist es heute davon ganz ruhig geworden.

Unter den Demonstranten für die verschiedenen Schutze sehen wir alle die alten Namen, die aus der Kriegszeit von den Bünden für offene oder versteckte Annexionen noch in deutlicher Erinnerung sind. Die neuesten Protestkundgebungen werden deshalb auf die Alliierten wohl nur geringen Eindruck machen. Sie werden sagen, daß diejenigen kein Recht haben, über ihre Gewaltpolitik Beschwerde zu führen, die beim Abschluß der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest mitgewirkt oder sie gutgeheißen haben. Selbst die Paradepferde der Protestanten, die Erzberger und Legien, werden kaum erhebliche Sympathien bei der Entente erwecken können.

Nun wird außerdem in einem Artikel aus Stampfers Meinungsfabrik der Entente mit der Unzufriedenheit der deutschen Arbeiter gedroht. Man wird sich erinnern, daß während des Krieges Stampfer und die von ihm geistig genährte Presse keineswegs sich gegen die Kriegspolitik der deutschen Regierung gewendet haben, daß sie im Gegenteil wie die ganze Partei der Scheidemänner die getreuesten Diener dieser Kriegspolitik gewesen sind. Wir brauchen heute im einzelnen nicht nachzuweisen, daß die deutsche Regierung, ganz gleich, ob sie unter der Firma Bethmann Hollweg, Hertling oder Prinz Max ging, immer die gleiche Politik der Machterweiterung, der Unterdrückung fremder Nationen, der Anwendung von Gewalt gegenüber den Schwächeren betrieb. In den Friedensschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest sind diese Prinzipien in die Tat umgesetzt worden. Die Leute, die jetzt so lebhaft gegen die Gewaltpolitik der Entente protestieren, weil das Kriegsglück sich gewendet und jetzt Deutschland darunter zu leiden hat, waren damals stille. Wer gegen die deutsche Politik der Gewalt während des Krieges protestierte, der wurde ins Gefängnis, ins Zuchthaus oder in den Schützengraben geschickt. Hat heute jemand das Recht, sich über die Entente-Politik zu entrüsten, der während des Krieges der Scheidemannschen Theorie von der Verrückung der Grenzpfähle gehuldigt hat?

Der von uns erwähnte Stampfer-Artikel schlägt aber noch lautere Töne an. Es heißt darin, wenn es nicht zu Friedensverträgen mit der Entente auf der Grundlage „internationaler Weltgerechtigkeit" komme, „wenn nun der Ententeimperialismus Deutschland einen so schamlosen Raub- und Gewaltfrieden vorlegt, daß nicht einmal ein dürftiges Friedenspapier alten Stils zustande kommen kann, geschweige denn ein Friede von der Art, wie ihn die besten Geister aller Länder erträumten", dann werde Deutschland gezwungen sein, den Blick nach Rußland zu wenden und die „östliche Orientierung" würde in veränderter Form ihre Wiederauferstehung feiern. Deutschland würde die Methoden des Bolschewismus nachahmen müssen, es wäre gezwungen, „aus Gründen der auswärtigen Politik mit der ganzen revolutionären Energie, die es im Leibe hat, über die Landesgrenzen hinauszudrängen". Wir glauben nicht, daß diese heroische Geste bei den Politikern der Entente großen Eindruck machen wird, denn einmal kann von revolutionärer Energie bei den Scheidemännern wirklich nicht die Rede sein, und außerdem beteuert der Artikel in seinen weiteren Absätzen, daß er es gar nicht so schlimm meine, es solle nur den Gegnern Deutschlands in letzter Stunde vor Augen gestellt werden, wie es bei uns kommen könne. Man braucht also nicht zu fürchten, daß die Scheidemänner sich plötzlich zum Bolschewismus bekehrt hätten, und die Alliierten werden diese Furcht sicherlich nicht hegen.

In der Tat ist es so: wer seine äußere ebenso wie seine innere Politik auf kapitalistischer Grundlage aufbaut und die sozialistischen Grundsätze in den Rauchfang schreibt, der ist gezwungen, alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Sowjetregierung konnte bei dem ihr von Deutschland aufgezwungenen Friedensschluß den Vorbehalt machen, daß die kommende proletarische Weltrevolution nachträglich diesen Frieden über den Haufen werfen werde. Die Scheidemann-Regierung darf sich am allerwenigsten die Taktik der Sowjetrepublik beim Friedensschluß mit Deutschland jetzt zum Vorbild nehmen, und es wirkt geradezu lächerlich, den Bolschewismus vor der Entente als Schreckgespenst in demselben Augenblick aufzustellen, in dem Hindenburg seinen Feldzug gegen den Bolschewismus führt.

Für die Unabhängige Sozialdemokratie ist die Stellung in dieser Frage ganz klar. Sie darf ihre Auslandspolitik nicht auf kapitalistisch-imperialistischer Grundlage aufbauen, sondern sie muß sich von den Interessen des internationalen Proletariats leiten lassen, die zugleich die Interessen des deutschen Proletariats sind. — Unter den durch das Kriegsende geschaffenen Verhältnissen kann vorläufig die auswärtige Politik des deutschen Sozialismus nur nach Osten orientiert sein. Von den Segnungen des Völkerbundes, unter der Führung des anglo-amerikanischen Kapitals hat das deutsche Proletariat nichts zu erwarten. Wir müssen unsere Taktik in der auswärtigen Politik auf den Wiederaufbau einer von sozialistischem, von revolutionärem Geist erfüllten Internationale einrichten.

Und von diesem Standpunkt aus bekommt die Frage unserer Stellung zum Bolschewismus erst ihre wirkliche Lösung. Ganz gleich, wie man zur bolschewistischen Taktik steht, so ist als Tatsache festzustellen, daß bisher nur in Rußland der proletarische Wille das Staatswesen sowohl im Innern wie nach außen beherrscht. In den Ländern der Entente haben sich die sozialistischen Parteien durch ihre Kriegspolitik an der Mitbestimmung über die Gestaltung des Friedens selbst ausgeschaltet, wir können also nicht hoffen, daß in der nächsten Zeit ein wirksames Gegengewicht gegen die Gewaltpolitik des Entente-Imperialismus durch die Macht des Proletariats in den Ländern der Alliierten geschaffen wird. Nur die Verbindung mit Rußland gibt einem sozialistischen, aber nicht einem kapitalistischen Deutschland die Möglichkeit, die Raubpläne der Entente abzuwehren und zugleich in den Ländern der Entente die geistigen Vorbedingungen für eine soziale Umwälzung zu schaffen.

Nicht Proteste und Drohungen der kompromittierten Politiker tun also Deutschland not, sondern in der auswärtigen Politik brauchen wir eine vollständige und gründliche Umkehr von den alten Wegen und den Beginn einer neuen, auf sozialistischen Grundsätzen aufgebauten Politik. Wie in der inneren Politik, so muß auch in der äußeren unsere Losung der Sozialismus sein. Die Fortführung der kapitalistischen Auslandspolitik drängt uns immer mehr ins Elend der wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht.

*

Aehnliche Gedankengänge, wie Stampfer sie entwickelt, finden sich neuerdings auch in der bürgerlichen Presse. So erklärt Herr Dernburg im „Berliner Tageblatt", daß, wenn die Entente Deutschland einen ihm ungünstigen Frieden auferleg', der Friede nicht unterzeichnet werden dürfe. Das Koalitionsministerium müsse dann zurücktreten. Deutschland werde dem Bolschewismus keinen Widerstand mehr leisten und die Entente werde dann die Folgen zu tragen haben.

Wir möchten demgegenüber bemerken, daß es uns, allerdings aus ganz anderen Gründen als Dernburg und Stampfer, dringend nötig scheint, mit Rußland heute schon zum Frieden zu gelangen, daß aber im übrigen die Herren sich täuschen, wenn sie meinen, daß wir ihre konfus nationalistische Verzweiflungspolitik irgendwie unterstützen würden. Wenn die Koalitionsregierung abtritt, so wird das stets zu begrüßen sein. Deshalb braucht aber Deutschland nicht auf den Weg einer verzweifelten Abenteurerpolitik gedrängt zu werden.

Lenin hat bekanntlich die Nichtunterzeichnung des Friedens in Brest-Litowsk von Anfang an als Fehler betrachtet und später unter noch ungünstigeren Bedingungen Frieden mit Deutschland geschlossen. Seine Hoffnung war nicht der gewaltsame militärische Widerstand, sondern das Kommen der sozialen Revolution, die die imperialistischen Friedensschlüsse vernichten würde. Auch wir erwarten bei der Lage des deutschen Volkes nichts von einem neuen Krieg, der im Gegenteil die revolutionäre Entwicklung in den Weststaaten wieder aufhalten könnte. Sondern wir erwarten, daß die Fortschritte der Arbeiterklasse jeden Friedensschluß, der die demokratischen Prinzipien verletzt, in naher Zeit annullieren würde. Die Herren täten gut, mit der nationalistischen Parole der Nichtunterzeichnung des Friedens nicht allzu unvorsichtig zu spielen. Sie könnten sonst bald die Gefangenen dieses Schlagwortes werden. Wenn der Ententekapitalismus hören kann, so wird er auch ohne solche Drohungen den Bogen nicht überspannen. Die Mißerfolge seiner Politik in den östlichen Kleinstaaten sprechen ja eine genügend deutliche Sprache. Will er nicht hören, so wird er fühlen müssen, denn die Erstarkung der Arbeiterbewegung wird ihm das nötige Verständnis beibringen. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht länger den Sozialismus diskreditieren läßt durch die innere und äußere Politik der heutigen Regierung. Diese hindert den Fortschritt des Sozialismus in Deutschland, damit aber auch in den großen Staaten der Entente, und trägt somit die Hauptschuld an den ungünstigen Bedingungen, die der Entente-Kapitalismus heute noch stellt.

Straßendemonstrationen.

Im Sportpalast und im Zirkus Busch fanden am Sonntag vormittag Protestversammlungen statt, die sich gegen die Lostrennung deutscher Gebiete wendeten. Im Anschluß daran begab sich ein Teil der Besucher in geschlossenen Zügen zum Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße. Diese Straßendemonstrationen waren von der bürgerlichen Presse vorher angekündigt worden und fanden mit Wissen und unter Billigung der Reichsregierung statt, in deren Namen der Minister Schiffer die Demonstranten mit einer Ansprache beglückte.

Wir haben gegen diese Straßendemonstrationen natürlich nichts einzuwenden. Aber es ist doch sehr bezeichnend, daß in einem Augenblick, in dem der Belagerungszustand herrscht und Demonstrationen verbietet und in dem nicht nur Demonstrationen von Arbeitern, sondern öffentliche, ja sogar geschlossene Versammlungen mit Gewalt zu verhindern gesucht werden, Demonstrationen von bürgerlicher Seite durch die Regierung gefördert werden. Ist das der Zweck des Belagerungszustandes?

Arbeiter sind demnach auch unter der „sozialistischen" Regierung minderen Rechts. Unbekümmert um den Belagerungszustand kann das Bürgertum alle seine politischen Ziele verfolgen, während der Arbeiterschaft durch den Belagerungszustand das Versammlungsrecht weitgehend beschnitten wird. Wir fordern die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, dessen Verhängung und Weiterbestehen nur im Interesse der von der Regierung unterstützten Militaristen liegt, die gegenwärtig stärker als je ihre dunklen Ziele zu verwirklichen trachten.

Die ungarische Revolution.

Wichtige Beschlüsse.

Budapest, 23. März. Das Ungarische Telegr.-Korr.-Bureau meldet: Der Revolutionäre Regierende Rat hielt Sonnabend unter dem Vorsitz von Alexander Garbai seine erste Sitzung ab, in welcher folgende wichtigere Beschlüsse gefaßt wurden:

Abschaffung von Rang und Titeln, Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung aller Zwangssteuern für kirchliche und konfessionelle Zwecke. Gleichzeitig wurden die Volkskommissare für Unterricht, Ackerbau und Finanzen angewiesen, zur Erledigung der hiermit zusammenhängenden Fragen eine Verordnung auszuarbeiten. Der Revolutionäre Regierende Rat entsandte eine Fünfer-Kommission zum Zwecke der Vorbereitung der Wahlen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Der Rat beschloß, sämtliche Regierungskommissare zu entheben, und fordert die Arbeiterräte auf, überall dreigliederige Direktorien zu wählen, welche die Geschäfte der bisherigen Regierungskommissare zu versehen haben. Der Revolutionäre Regierende Rat wird aus Laienrichtern bestehende Revolutionsgerichte bilden. Der erste Revolutionsgerichtshof mit dem Sitze in Budapest wurde sofort errichtet. Der Revolutionäre Regierende Rat wies die Volkskommissare an, Vorschläge über die Sozialisierung der Häuser und Betriebe binnen kürzester Zeit dem Rate vorzulegen. Der Rat beschloß die Sozialisierung der in Privateigentum befindlichen Kunstschätze von Museumswert, gleichzeitig wurden die Volkskommissare für Unterricht angewiesen, einen Vorschlag zu unterbreiten, auf welche Weise die Theater in den Dienst der Proletarierkultur zu stellen und für die Massen zugänglich zu machen sein werden. Sämtliche Zeitungen werden verpflichtet, amtliche Verordnungen des Revolutionären Regierenden Rates an leitender Stelle zu veröffentlichen. Der Revolutionäre Regierende Rat hat den Wiener Gesandten Oskar Charmant abberufen und an dessen Stelle Alexius Bolger zum politischen und Andor Jenys zum wirtschaftlichen Bevollmächtigten ernannt.

Besetzung der Banken.

Budapest, 23. März. Die revolutionäre Regierung ernannte drei Volkskommissare für die Hauptstadt Budapest. Bürgermeister und Magistrat boten ihre Entlassung an, wurden aber ersucht, auf dem Posten zu verbleiben. Ebenso wurden die Leiter und Angestellten aller Aemter, Betriebe und Schulen Budapests aufgefordert, bis auf weiteres auf ihren Plätzen zu verbleiben. Den Blättern zufolge wurden sämtliche Geldinstitute Budapests heute militärisch besetzt.

Budapest, 23. März. (Ungarisches Telegr.-Korr.-Bureau.) Sonnabend vormittag haben Truppen des Stadtkommandos infolge eines Mißverständnisses einige Banken besetzt und die Beamten nach Hause geschickt. Infolgedessen konnten mehrere Fabriken ihren Arbeitern den Lohn nicht auszahlen. Der Volkskommissar für Finanzen hat sofort die Aufhebung dieser Verfügung angeordnet. Die ausgebliebene Lohnzahlung findet am Montag statt, so daß die Arbeiter keinen Anlaß zur Beunruhigung haben.

Die ungarische Presse zum Umsturz.

Budapest, 23. März. (Ungarisches Telegr. Korresp.-Bureau.) Die gesamte ungarische Presse ohne Unterschied der Partei begrüßt das neue Regime. In einer Besprechung der neuen Ordnung schreibt „Pesti Hirlap": Ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, hat die ungarische Proletarierdiktatur die Staatsgewalt übernommen. In unserem neuen Freiheitskampfe gereicht diese Uebernahme der Staatsgewalt ohne jedwedes Blutvergießen zu nicht geringem Ruhm.

„Vilag" schreibt: Mit stiller Befangenheit blicken wir auf jene Männer, welche das Schicksal dazu bestimmte, die Leitung des Geschickes Ungarns in die Hand zu nehmen. Durch eine besondere Fügung vertreten sie eine Proletarierrevolution, welche gleichzeitig eine nationale Revolution ist. Hauptsächlich dieser Umstand hat den Widerstand gleich null gemacht. Andererseits ist ihnen die Dienstbereitschaft aller Gesellschaftsklassen gesichert, welche sich eine Proletarierrevolution sonst nur schwer hätte schaffen können.

In ähnlichem Sinne schreibt „Alkotmany", welches ausführt: Die Pariser Note machte es ungezweifelhaft, daß auf dieser Grundlage Ungarn kein lebensfähiger Staat bleiben kann und daß bloß eine Proletarierdiktatur, welche auf internationaler Grundlage steht, das Staatsleben zu retten vermag. So begegnete sich das soziale Interesse mit dem nationalen.

„Az Ujsag" schreibt: Was uns mit der Neuordnung vollständig aussöhnt, ist das Bewußtsein, daß wir auf Grund der bisherigen Ordnung ohnehin nicht hätten bestehen können. Die Kommunisten begegnen sich mit den Nationalisten in dem Entschluß, unseren Boden niemandem abzutreten.

„Budapesti Hirlap" schreibt: Der Kommunismus, dessen rote Flagge in Zukunft das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben Ungarns führt, ist bei weitem nicht jener Dämon, für welchen er irrtümlich angesehen wurde. Das Ziel ist der Aufbau einer neuen Ordnung, einer neuen geistigen und materiellen Struktur.

„Nepszava" schreibt: Nicht die territoriale Integrität, auch nicht das sogenannte Prinzip der Volksintegrität ist der Grund, welcher das ungarische Proletariat gegen jedes ihm widerstreitende Beginnen in Reih und Glied stellt, sondern die heilige Einheit des Proletarierinteresses.

„Pesti Naplo" schreibt: Hinterlistige Eroberer haben unsere Fahne in den Schmutz getreten. Zwei Farben unserer Trikolore, welche unser Bürgertum bedeuten, haben sie abgewiesen. Bloß die rote Farbe bleibt, die Farbe jedes freien und wahren Menschen. Heute ist die rote Fahne die ungarische.

Der „Pester Lloyd" bespricht eingehend die Wirkung der Proletarierdiktatur in Ungarn auf Frankreich und England und führt aus: In der Luft, die vom zornigen Rufe der ungarischen Sturmglocke zittert, schwingen die Vorzeichen eines Erdbebens, das sich vom Ural bis zur Themse erstreckt. Die ungarische Räterepublik ist eine Etappe auf dem Eroberungsweg des Kommunismus, der nach dem Westen führt.

Aeußerungen der Wiener Presse.

Wien, 22. März. (Meldung des Wiener Tel.-Korr.-Bureaus.) Fast sämtliche Blätter erblicken in den Vorgängen in Ungarn einen Verzweiflungsakt des in der Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes behinderten, in seinen Hoffnungen auf die Gerechtigkeit der Pariser Konferenz enttäuschten ungarischen Volkes. Ebenso wie das russische Volk, welches den Frieden wollte, dem aber die Entente weiterzukämpfen gebot, sich aus Verzweiflung dem Bolschewismus in die Arme warf, ist auch in Ungarn der Sieg des Kommunismus nur die Folge der Verzweiflung des von Natur aus konservativen Volkes. Das ungarische Volk ersehnte einen gerechten Frieden, wurde aber durch die Verletzung seines Nationalgefühls, wie sie die neueste Maßregel der Besetzung kernungarischer Landesgebiete mit Hilfe tschechischer, rumänischer und serbischer Truppen darstellt, wodurch die fruchtbarsten und an Kohlen reichsten Gegenden Ungarns in fremdem Besitz übergehen, von den radikalsten Strömungen fortgerissen. Nur so ist es zu erklären, daß der bolschewistischen kleinen Minderheit in Ungarn nunmehr die landwirtschaftlichen, ja sogar die bürgerlichen Klassen Gefolgschaft leisten. Die Vorgänge in Ungarn müßten für die Staatsmänner in Paris eine letzte Mahnung sein, nicht auch Deutschland in den Bolschewismus hineinzutreiben, womit der Damm durchstoßen würde, der die nach dem westlichen Europa flutende bolschewistische Woge noch aufhält.

Deutschlands Entmilitarisierung.

Amsterdam, 22. März. Der Korrespondenz der „United Preß" erfährt von sehr gut unterrichteter Seite, daß der Zehnerrat folgende militärischen und maritimen Bedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, endgültig angenommen hat: Die deutsche Armee soll aus höchstens sieben Divisionen Infanterie und drei Divisionen Kavallerie, zusammen 100 000 Mann, bestehen. Das Offizierkorps darf 4000 nicht übersteigen. In den verschiedenen Kriegsministerien dürfen nicht mehr als 800 Offiziere und ein Zehntel der Zivilbeamten vom Jahre 1918 beschäftigt werden. Die Kriegsschule des Generalstabs und ähnliche Einrichtungen werden abgeschafft. Es wird nur eine Militärschule zur Heranbildung von Offizieren aller Dienstzweige gestattet. Veteranenvereine, Turnvereine und andere Organisationen, in denen militärische Uebungen abgehalten werden, sind verboten. Alle Festungen innerhalb einer Strecke von 15 Meilen vom Rhein werden geschleift. Neue Werke dürfen nicht angelegt werden. Die Kavallerie verfügt über 18 000 Karabiner, 36 schwere Maschinengewehre und 36 Feldgeschütze. Schwere Artillerie ist verboten. Munitionsvorräte werden auf das äußerste beschränkt werden. Die Lage der Munitionsdepots muß bekanntgegeben werden. Die Alliierten behalten sich das Recht vor, die Zahl der Munitionsfabriken zu beschränken. Das über die festgesetzte Menge hinausgehende Kriegsmaterial muß den Alliierten ausgeliefert werden. Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial mit Einschluß von Stickgasen, Panzergeschützen und Tanks ist verboten. Die Marine darf aus sechs Schlachtschiffen der „Deutschland"- oder „Lothringen"-Klasse, sechs leichten Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedobooten bestehen. Für Panzerschiffe wird als größter Tonnengehalt 10 000, für leichte Kreuzer 6000 Tonnen; für Zerstörer 800 Tonnen, für Torpedoboote 200 Tonnen bestimmt. Schlachtschiffe oder Kreuzer dürfen erst dann ersetzt werden, wenn sie 20 Jahre alt sind, Torpedoboote, wenn sie 15 Jahre alt sind. Das Personal der Marine wird auf 15 000 Mann mit Einschluß von 1500 Offizieren beschränkt. Alle Hilfskreuzer, die abgerüstet werden können, werden Handelsschiffe, alle U-Boote müssen ausgeliefert werden. Bau von neuen U-Booten ist verboten. Die Befestigungen, die die Zugänge zur Ostsee beherrschen, werden geschleift, die Benutzung stärkerer drahtloser Stationen für militärische, maritime und politische Zwecke ist ohne Zustimmung der Alliierten nicht gestattet. Militärische und maritime Luftfahrzeuge sind nicht gestattet außer 100 Wasserflugzeugen bis zum 1. Oktober zur Vernichtung von Minen. Flugplätze innerhalb 93 Meilen östlich des Rheins oder 93 Meilen westlich der Ostgrenze oder 93 Meilen von der italienisch-tschecho-slowakischen Grenze sind nicht gestattet.

Falls die Angaben der „United Preß" zutreffen, würde dem deutschen Militarismus mit dem Abschluß des Friedens endgültig das Genick gebrochen sein. Viel Unheil wäre der Welt erspart geblieben, wenn das deutsche Volk aus eigener Kraft schon früher diesen Schritt unternommen hätte. Jetzt wird die Entwaffnung von dem übermächtigen Sieger diktiert, in einer Form, die bei dem oder jenem das nationale Empfinden verletzen könnte. Aber diese Form darf nicht die Tatsache vergessen lassen, daß die Entmilitarisierung Deutschlands ein historisch notwendiger Schritt ist, sowohl für die Sicherung des Weltfriedens wie für die soziale und politische Entwicklung des deutschen Volkes.

Die Krise in England.

Der Beschluß des „Dreibundes", der Vereinigung der Gewerkschaften der Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter, durch einen Unterausschuß die abgebrochenen Verhandlungen mit den Eisenbahngesellschaften wieder aufzunehmen, sowie die Aufforderung an die Eisenbahner an der Arbeit zu bleiben, hat eine Entspannung der Lage hervorgerufen. Ein Reutertelegramm besagt:

Amsterdam, 22. März. Einem Reutertelegramm zufolge sehen englische Blätter verschiedener Richtungen die drohende Krise in der englischen Industrie als überwunden an. „Times" schreibt, daß man die Schwierigkeiten unter den Bergarbeitern und Transportarbeitern als so gut wie beigelegt ansehen könne und daß nur noch die Eisenbahner in feindlicher Haltung beharrten. Die radikalen „Daily News" schreiben, daß der Beschluß des „Dreibundes" die unmittelbare Gefahr, die das ganze Land bedroht habe, behebe. Die Arbeiter hätten gezeigt, daß sie weitblickend sein könnten, und erkannt, daß man einen Fehler begehe, wenn man anderen ein großes Unrecht antue, um dadurch nur ein geringes Recht für sich zu erreichen.

Konferenz der Gemeindevertreter der U. S. P. D. Groß-Berlin.

Die neugewählten Gemeindevertreter unserer Partei hielten gestern ihre erste Aussprache ab. Der Sitzungssaal des Berliner Rathauses war dicht besetzt. 66 Orte waren durch 180 Genossen vertreten.

Nachdem Genosse Rosenfeld zum Vorsitzenden, Künster-Neukölln zum Beisitzer und Weise-Berlin zum Schriftführer gewählt waren, hielt Genosse Dr. Weyl das erste Referat über

„Die kommunalen Angelegenheiten Groß-Berlins".

In vielen Gemeinden Groß-Berlins, führte er aus, gelte es jetzt, positive Arbeit nach unseren sozialistischen Grundsätzen zu leisten. Im Hinblick auf die Folgen des Krieges sei dies besonders schwierig. Die auf uns lastende große Verantwortung werde noch erhöht durch die vielen neuen Kräfte, die sich nunmehr auf kommunalem Gebiete zu betätigen haben. Der Schwierigkeiten würden wir nur Herr werden, wenn wir alle nach einheitlichen Richtlinien einem gemeinsamen Ziele zustreben.

Das erste wichtige Problem, das sich uns aufdrängt, sei die Frage der Schaffung eines Groß-Berlins. Darüber werde die Regierung in den nächsten Tagen dem preußischen Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen, der uns aber wenig Freude bereiten dürfte. Es bestehe die Absicht, nur die in einer Entfernung von 10 Kilometer von Berlin liegenden Orte zu vereinen und insbesondere die finanziell kräftigen westlichen Vororte von der Heranziehung zum Lastenausgleich auszuschließen. Demgegenüber müssen wir verlangen, daß die Vorschläge, auf die sich alle Vertreter der Gemeinden und auch die Regierung im November geeinigt hatten, durchgeführt werden. Es müssen alle ihrer wirtschaftlichen Struktur nach in Frage kommenden Orte, die in einer Entfernung von etwa 20 Kilometer von Berlin liegen, zu einem Groß-Berliner Verbande zusammengefaßt werden. Eine solche Zentralisation mit der durch die örtlichen Eigenheiten bedingten Dezentralisation sei unbedingt notwendig, wenn auf den Gebieten des Verkehrswesens, der Gesundheitspflege, des Ernährungswesens und der übrigen kommunalen Arbeitszweige eine ersprießliche Tätigkeit nach sozialistischen Grundsätzen entfaltet werden soll.

Die Macht der sozialistischen Gemeinden werden eingeengt und teils illusorisch gemacht durch die Existenz der bürgerlichen Magistrats- und Gemeindevorstände, zu deren Auflösung die Regierung sich nicht entschließen kann. Aus finanziellen Gründen sei es ratsam, die besoldeten Magistratsmitglieder ohne weiteres nicht zu beseitigen. Zunächst müsse bei den unbesoldeten Mitgliedern der Magistrate und Gemeindevorstände begonnen werden. Sie seien mit Hilfe der in den einzelnen Fällen erforderlichen Mittel zum Rücktritt zu bewegen. Prinzipiell stehen wir natürlich auf dem Boden des Einkammer-Systems, es wäre sehr wohl möglich, die Exekutive einem Ausschuß zu übertragen, der aus der Gemeindevertretung hervorgegangen ist.

Die Frage der Aufwandsentschädigung bedürfe einer einheitlichen Regelung. Sie müsse sich in bescheidenen Grenzen halten. Auch die freie Benutzung der Verkehrsmittel, Straßenbahnen usw., durch die Gemeindevertreter sei erforderlich, wenn sie ihr Amt korrekt ausführen.

Die von den Gemeinden anzustrebende Kommunalisierung gewisser Industriezweige, wofür das von der Sozialisierungskommission geschaffene Rahmengesetz Hinweise enthält, erfordere ein einheitliches Vorgehen. Sozialismus läßt sich nur im großen, nicht im kleinen betreiben. Zweifellos würden in kleineren Gemeinden bestimmte Fragen leichter zu regeln sein, als in großen Städten. Ein Erfolg auf diesem Gebiete sei aber nur zu erzielen, wenn nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgegangen werde. Darum sei die Schaffung einer Zentrale, die bestimmte Richtlinien herausgebe, wünschenswert. Wir müssen mit Klugheit und Energie, aber auch mit der nötigen Einsicht und Vorsicht an die Lösung der kommunalen Probleme herangehen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf referierte an Stelle des verhinderten Genossen Richard Müller Genosse Malzahn über

Die Aufgaben der kommunalen Arbeiterräte.

Unbedingt müssen die kommunalen Arbeiterräte erhalten bleiben, besonders, wenn die Beseitigung der Magistrate und Gemeindevorstände erstrebt werden solle. Die Arbeiterräte haben bereits einen tieferen Einblick in die Tätigkeit dieser Körperschaften erhalten.

Die Kommunalisierung sei besonders auf dem Gebiete des Ernährungswesens notwendig. Die von den Gewerkschaften angestrebte Kontingentierung des Mehls, um die arbeitslosen Bäcker beschäftigen zu können, habe zu einer Erhöhung des Brotpreises um 9 Pf. geführt (Widerspruch des Genossen Wurm) und die Ausnützung des maschinellen Betriebs der Konsumbäckerei in Frage gestellt.

In der den beiden Referaten folgenden sehr ausgiebigen Diskussion wurde übereinstimmend die Schaffung einer Zentralstelle verlangt, die den Gemeindevertretern zu jeder Zeit Auskunft erteilt. Ebenso wurde die Herausgabe eines Wochenblattes und einschlägiger Literatur gefordert. Verschiedentlich wurde gegen das vom Zentralrat herausgegebene Wahlreglement protestiert, das als eine Sabotage des Rätesystems bezeichnet wurde. Die Redner sprachen sich sämtlich für die Erhaltung der kommunalen Arbeiterräte aus. Die Haltung der Rechtssozialisten ihnen gegenüber wurde als unzuverlässig bezeichnet.

In Stralau, berichtete Genosse Pfeiffer, haben die Rechtssozialisten in der Gemeindevertretung den Antrag eingebracht, daß der Arbeiterrat von der Teilnahme an den Sitzungen auszuschließen sei. Sievers-Neukölln befürwortete, die Wahlen zu den Arbeiterräten berufsweise vorzunehmen und bedauerte, daß die kommunalen Arbeiterräte auf dem Rätekongreß nicht vertreten seien. Auch die Schaffung einer Zentralstelle für die kommunalen Arbeiterräte sei erforderlich. In Neukölln habe der Kommandeur der Regierungstruppen den Arbeiterrat aufgelöst. Der Zentralrat habe zwar dagegen protestiert, aber seit vierzehn Tagen sei es ihm nicht möglich, Noske zu einer Stellungnahme zu gewinnen, trotzdem der Bürgermeister von Neukölln die Wiedereinsetzung des Arbeiterrates gefordert habe. Auf alle Anfragen des Zentralrats erklärte der Adjutant Noskes, daß Noske nicht zu sprechen sei. (Zuruf: Er ist der Gefangene der Militärs!)

Genosse Wurm ging auf die Frage der

Sozialisierung

näher ein. Es käme nicht darauf an, kapitalistisch-fiskalische Betriebe zu schaffen, die auf die Bevölkerung wie eine indirekte Steuerquelle wirken. Es werde nicht überall möglich sein, sozialisierte Betriebe zu einer Einnahmequelle zu machen. Die Sozialisierung habe die Aufgabe, die zersplitterten Produktionskräfte zusammenzufassen, um so mit Hilfe der Anwendung der Technik die Produktion ergiebiger zu gestalten und die Arbeiter von der Last der Arbeit zu befreien. Nur mit Hilfe der Arbeiterräte könne die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter geweckt werden. Die Arbeiterräte müssen in die Verfassung verankert werden und die Kontrolle und Verwaltung der Betriebe ausüben. Die Gemeinden seien aber ohnmächtig, wenn sie nicht vom Reich und Staat Hilfe erhalten. Bisher waren sie nur ausführende Organe des Staates. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bestehe faktisch nicht. Sollte die Gemeinde im sozialistischen Geiste wirken, so müsse ein entsprechendes Staatsgesetz geschaffen werden. Von der gegenwärtigen Regierung sei dies nicht zu erwarten. Die Entschädigung an die Besitzer der kommunalisierten Betriebe müsse sich nach dem gegenwärtigen Gewinn richten. Besonders notwendig sei die Sozialisierung der Lebensmittelerzeugung und -versorgung. Die Schaffung maschineller Großbetriebe stoße aber gegenwärtig auf Schwierigkeiten, da Maschinen jetzt nicht zu haben seien. Infolgedessen konnte man auch die Großbäckereien Berlins nicht ausbauen. Da sie aber nur ein Drittel der erforderlichen Brotmenge herstellen können, mußte mit den Kleinbäckereien gerechnet werden. Die Verteuerung des Brotes beruhe nicht auf der Beschäftigung der arbeitslosen Bäcker, sondern auf der Erhöhung der Produktionskosten. Nur durch die Anwendung der besten technischen Errungenschaften können wir die Produktion in Zukunft verbilligen.

Es werde uns schwer fallen, die für die Kommunalarbeit erforderlichen Kräfte aus der Arbeiterschaft zu gewinnen, da die Tätigkeit ehrenamtlich ist. Deswegen sei alles Blendwerk, was über den Ausbau und die Demokratisierung der Gemeinden geredet und geschrieben werde, solange die kommunale Tätigkeit ehrenamtlich ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das Ehrenamt ist ein Privileg des Besitzes. (Erneute Zustimmung.) Der Gesetzentwurf über die Kommunalisierung ist nichts als ein schönes Programm, das ohne die erforderlichen Reichs- und Staatsgesetze undurchführbar bleiben muß. Wenn man die Gemeinden sozialisieren wolle, müßten noch zuerst im Reich und Staat die politische Macht erobert werden. (Lebhafter Beifall.)

Im ähnlichen Sinne äußerte sich Genosse Leid-Berlin, der insbesondere forderte, daß für die Enteignung, das Schul- und Steuerwesen den Gemeinden besondere Rechte verliehen werden. Redner empfahl die Veranstaltung von Konferenzen zur Durchbildung der Gemeindevertreter.

Dr. Rosenfeld teilte mit, daß die Regierung, die nicht daran denke, die nach dem Klassenwahlrecht gebildeten Magistrate aufzulösen, die auf Grund des neuen Wahlrechts gebildete Stadtverordnetenversammlung in Halle aber aufgelöst habe. (Hört! hört!) Dr. Rosenfeld beantragte folgende

Resolution:

„Die Konferenz der auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Stadtverordneten und Gemeindevertreter aller Gemeinden Groß-Berlins fordert die preußische Regierung auf, schleunigst dafür Sorge zu tragen, daß die kommunale Zersplitterung Groß-Berlins beseitigt und unter Einführung des Einkammersystems ein einheitliches Groß-Berlin geschaffen wird.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß die kommunalen Arbeiterräte auch nach den Wahlen bestehen bleiben müssen. Die Befugnisse der kommunalen Arbeiterräte müssen in der Städte- und Landgemeindeordnung festgelegt werden.

Die Konferenz fordert, daß in allen Gemeinden Groß-Berlins der 1. Mai als Feiertag anerkannt wird."

Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Es wurde dann beschlossen, eine Kommission, bestehend aus fünf Vertretern von Berlin und je zwei Vertretern der Kreise Teltow und Niederbarnim sowie Spandau-Osthavelland einzusetzen, die Richtlinien für die Tätigkeit der Gemeindevertreter und Vorschläge für die Organisation der Groß-Berliner Gemeindevertreter unserer Partei ausarbeiten soll. Sie sollen der nächsten Versammlung unterbreitet werden. In die Kommission wurden gewählt für Kreis Teltow die Genossen Vogtherr-Lichterfelde und Dr. Hertz-Charlottenburg, für Niederbarnim Kubig-Pankow und Frenzel-Friedrichsfelde, für Spandau-Osthavelland Doltdois-Hennigsdorf und Guth-Spandau. Die Berliner Vertreter werden von den Berliner Gemeindevertretern entsandt.

Gewerkschaftliches.

Die Holzarbeiter rechnen ab.

Die außerordentliche Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die zum Freitag nach den Kaiserhallen am Moritzplatz einberufen worden war, um zum Verbandstag und Gewerkschaftskongreß Stellung zu nehmen, gestaltete sich zu einer gründlichen Abrechnung mit der herrschenden Politik der Gewerkschaftsführer. Siegle, der Redner der Opposition, hielt eine längere, fast einstündige Anklagerede gegen die Gewerkschaftspolitik. Er entrollte das Sündenregister der Gewerkschaftsführer, von der Bewilligung der Kriegskredite bis zur Abwürgung des letzten Generalstreiks. Von dem Geist der Revolution seien die Gewerkschaftsführer völlig unberührt geblieben. Durch die Schaffung der Arbeitsgemeinschaften streben sie in Konsequenz ihrer Kriegspolitik eine Harmonie der Klassen an, während doch das Proletariat sein Ziel, den Sozialismus, nur im Kampfe gegen die Kapitalistenklasse erreichen könne. Die Gewerkschaften als solche könnten in der Uebergangszeit der Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch den Sozialismus gewiß Nützliches leisten; aber nur, wenn sie sich auf dem Boden des Klassenkampfes bewegen. Der Redner wandte sich unter lebhafter Zustimmung besonders gegen den „Vorwärts", der die Arbeiterinteressen nicht vertrete, und gegen das Verhalten Noskes, welchem „Arbeiter" es vorbehalten blieb, das vor dem Kriege von den Kapitalisten ersehnte Zuchthausgesetz für die Arbeiterschaft zu schaffen. Redner wies auf die Bedeutung der Arbeiterräte hin und legte im Auftrage einer Reihe Kollegen eine längere Resolution vor. Diese wendet sich gegen die verhängnisvolle Kriegspolitik, die nur möglich wurde, weil die Führer der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften den Boden des Klassenkampfes verlassen, den Burgfrieden mit der Bourgeoisie geschlossen und die Arbeiter durch unwahre Behauptungen zum Durchhalten aufgefordert haben. Die Resolution protestiert gegen das Hilfsdienstgesetz und den Beitritt der Gewerkschaften zu dem annexionistischen „Volksbund für Freiheit und Vaterland" und gegen die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Unternehmerverbände mit den Gewerkschaftsführern. Sie fordert weiter den konsequenten Ausbau des Rätesystems bis zur Konstituierung eines deutschen Räteparlaments. Das zusammengebrochene Wirtschaftsleben Deutschlands aufzubauen, könne nur das Werk der Arbeiterräte sein. Die bisherige Haltung der Gewerkschaftsführer zeige, daß diese Hindernisse auf dem Wege der sozialistischen Entwicklung seien. Es gelte daher, die Gewerkschaften aus Instrumenten der Gewerkschaftsbureaukratie und Gewerkschaftsdemagogen zu Instrumenten des Klassenkampfes zu machen. Zum Schluß heißt es dann:

„Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat diese arbeiterfeindliche Kriegspolitik offiziell betrieben. Die Berliner Gewerkschaftskommission, der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, sein Organ, die „Holzarbeiter-Zeitung", und nicht zuletzt die Verwaltung der Zahlstelle Berlin haben diese Politik nicht nur gebilligt, sondern sogar in Wort und Schrift gefördert.

Die Generalversammlung der Holzarbeiter Groß-Berlins verurteilt deshalb aufs schärfste die Haltung dieser Körperschaften während und nach dem Krieg. Sie erblickt darin einen Mißbrauch des in sie gesetzten Vertrauens, einen glatten Verrat an den heiligsten Interessen der Arbeiterklasse, eine Preisgabe der Grundsätze des Sozialismus. Sie entzieht ihnen jedes Vertrauen und verlangt:

1. vom Gewerkschaftskongreß
   a) Beseitigung der Generalkommission,
   b) Rückführung der Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes,
   c) Aufhebung der Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmerverbänden;
2. vom Verbandstag
   a) Nichtwiederwahl derjenigen Vorstandsmitglieder und Gauvorsteher die auf dem Boden der Politik der Generalkommission stehen,
   b) Abberufung des Redakteurs der „Holzarbeiter-Zeitung".
   c) Aufhebung der Arbeitsgemeinschaften mit dem Arbeitgeber-Schutzverband;
3. fordert sie die oppositionellen Elemente der Berliner Gewerkschaften auf, eifrigst die Absetzung derjenigen Mitglieder der Gewerkschaftskommission zu betreiben, welche sich zu Mitschuldigen dieser Kriegspolitik gemacht haben."

Schade wandte sich gegen den in der Resolution erhobenen Vorwurf, daß die Ortsverwaltung die offizielle Gewerkschaftspolitik unterstützt habe. Die Verwaltung habe gemäß des Beschlusses einer Generalversammlung des Jahres 1916 sich einer Einmischung in die politischen Strömungen enthalten. Und daß die Kollegenschaft mit dieser Tätigkeit einverstanden war, beweise die Wiederwahl der Beamten. (Widerspruch.) Die Verwaltung habe sich auch nicht an den Burgfrieden gehalten. (Widerspruch.) Es seien verschiedene Streiks geführt worden. (Zuruf: Abgewürgt habt Ihr sie.) Die Verwaltung habe nichts gegen die Arbeiterräte. Sowohl gegen das Hilfsdienstgesetz wie auch gegen den Anschluß der Gewerkschaften an den Volksbund für Freiheit und Vaterland habe seinerzeit die Generalversammlung Protest eingelegt.

Kloß erwiderte dem Vorredner, daß die Lohnbewegungen durch den Druck der Kollegen entstanden seien; die Beamten mußten erst dazu getrieben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Redner wies noch auf das Treiben der Noskegarde hin.

Darauf nahm Glocke das Wort. Die Verwaltung habe auch während des Krieges den Boden des Klassenkampfes eingehalten. (Widerspruch.) Ich stehe 35 Jahre an der Spitze der Bewegung (Stürmische Zurufe: Leider!) Das können nur die sagen, die keine Ahnung von der geleisteten Arbeit haben. Ich habe mir nichts vorzuwerfen. (Zurufe: Die Inserate der Freiwilligenkorps im „Vorwärts".) Als Redner sagt, daß der „Vorwärts" ein Blatt für die Arbeiterinteressen sei, wird er durch stürmischen Widerspruch unterbrochen. Er führte dann weiter aus, daß er stets für die Rechte der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften eingetreten sei, aber innerhalb der Gewerkschaft sollten die Parteiströmungen keine Geltung finden.

Es wurde darauf die Debatte geschlossen. Ein Abänderungsantrag zur Resolution, der sich gegen den Satz wendet, daß die Verwaltung der Zahlstelle Berlin die offizielle Gewerkschaftspolitik in Wort und Schrift gefördert habe, wurde mit überwältigender Majorität abgelehnt. Darauf gelangte die Resolution Siegle gegen wenige Stimmen zur Annahme.

Es wurde dann zur Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag geschritten. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Kollegen Moisch und Zirkel sich in Haft befinden. Glocke lehnte eine Kandidatur ab. Die Kandidaten wurden über ihre Stellung zur Resolution Siegle und über die Dauer ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation befragt. Ihre Aufnahme in die Vorschlagsliste wurde davon aber nicht abhängig gemacht. Die Wahl der 21 Mitglieder zum Verbandstag erfolgt durch Urabstimmung. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß wurde Siegle in Vorschlag gebracht.

Glocke erklärte zum Schluß, daß er und die Ortsverwaltung aus dem gegen sie beschlossenen Mißtrauensvotum die Konsequenzen ziehen würden.

Stellungnahme zum Parteitag.

Kreis Niederbarnim.

Am Sonnabend abend nahm eine Kreisgeneralversammlung von Niederbarnim zu dem Ergebnis des Parteitages Stellung. Küter-Karlshorst erstattete den Bericht. Er begrüßte den Beschluß in der Gewerkschaftsfrage um deswillen, weil durch diesen den Zersplitterungstendenzen ein Riegel vorgeschoben worden sei und die Mitglieder zur tätigen Mitwirkung bei der gewerkschaftlichen Umformung angespornt würden. Redner verweilte dann längere Zeit bei den Fragen der Taktik und des Rätesystems. Besonders die Ausführungen der Genossin Zetkin bezeichnete er als den Höhepunkt der Tagung. So weit auch unsere Auffassung in der Zielsetzung mit den Kommunisten übereinstimme, in der Taktik scheiden wir uns entschieden. In dem schließlich angenommenen Aktionsprogramm sei mit erfreulicher Klarheit zum Ausdruck gekommen, daß die Däumigsche Auffassung sich bei der überwiegenden Mehrheit der Partei durchgesetzt habe. Leider sei die Wahl des Parteivorstandes nicht in demselben Sinne ausgefallen.

In der ausgedehnten Debatte kam ausnahmslos der Standpunkt zur Geltung, daß das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats die einzigen Mittel sein sollen, den Sozialismus zu verwirklichen. Diesen Gedanken bei den Massen Eingang zu verschaffen, habe als unsere vornehmste Aufgabe zu gelten und nur zu diesem Zwecke dürften wir uns der Parlamente bedienen. Schlichting ging näher auf die Neugestaltung der Gewerkschaften ein und forderte, daß jeder unserer Anhänger auch tatkräftig am Umbau mitarbeite.

In der Diskussion über den internationalen Frauentag trat Genossin Arendsee der weitverbreiteten Auffassung entgegen, als ob mit der Gewährung des Wahlrechts nun die Frauenfrage gelöst sei. Im Gegenteil sei jetzt erst der Kampfboden gefunden, auf welchem um die Lösung der zahlreichen Probleme zur Befreiung der Frau aus wirtschaftlicher und rechtlicher Bedrückung gestritten werden könne. Der Frauentag müsse ein Weckruf und ein Bekenntnis zum erschlossenen Kampf um die Gleichberechtigung sein.

Alexander Moissi spricht vor Arbeitern.

Im überfüllten Saale des Stadthauses sprach Alexander Moissi am gestrigen nachmittag eine Folge von Gedichten, die nach keinem einheitlichen Gesichtspunkt zusammengestellt waren und die verschiedensten Stimmungen und gegensätzlichsten Dichtertemperamente zum Ausdruck brachte. Verherrens großes Naturgemälde „Der Novemberwind" offenbarte die Ausdrucksfähigkeit der Stimme des Künstlers am herrlichsten. Die düstere Herbststimmung und das Rasen des Sturmes, vom Dichter in unerreichter Wortkunst gestaltet, wurde zur Wirklichkeit durch das gesprochene Wort des Künstlers. Aber auch der fröhliche Humor des „Ich hab' mein' Sach' auf nichts gestellt" und die Balladenstimmung des „Erlkönig" fanden meisterhaften Ausdruck.

Neben Verherrens Versen war das Tolstoische Volksmärchen „Wieviel Erde gebraucht der Mensch" die beste Leistung des Abends. Die einfache Prosa und die dramatische Schlußszene dieser bei aller Lehrhaftigkeit packenden Volkserzählung wurde von Moissi in schlichter, aber eindringlicher und zuletzt zum dramatischen Vortrag sich steigernden Darstellung gesprochen. Auch die chinesische „Kleinigkeit" aus dem Kreise Laotses, die vielen Machtkobern heute zur Lehre dienen könnte, interpretierte Moissi gut.

Reicher Beifall lohnte dem Sprecher. Bei Wiederholungen wäre eine etwas andere Gestaltung des Programms zu wünschen. Gern würden wir eine Reihe von revolutionären Dichtungen aus alter und neuer Zeit einmal aus Moissis Munde hören.

Groß-Berlin.

Arbeiterräte Groß-Berlins!

Wir machen nochmals auf die morgen, Montag, den 24. März, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße, stattfindende Vollversammlung aufmerksam und ersuchen unsere Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.

Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D.-Arbeiterräte

*

Der Rednerkurs der Arbeiterräte der U. S. P. D. findet am Dienstag, den 25. März, 7 Uhr abends, in den Zelten 23 statt.

Erneute Erhöhung der Brotpreise.

Der Brotpreis soll um 9 Pfennig erhöht werden. Das ist eine wenig köstliche Nachricht. Begründet wird diese Erhöhung mit der Steigerung der Preise für Kohle und mit der Erhöhung des Gas- und Elektrizitätstarifs, außerdem mit erhöhten Ausgaben für Löhne. Die Bäckermeister sträuben sich noch, mit dieser Erhöhung sich einverstanden zu erklären. Ihre Forderungen gehen höher hinauf; sie möchten einen Aufschlag von 13 Pfennig haben und sie laufen Sturm dagegen, daß ihnen „nur" 9 Pfennige zugebilligt werden sollen. Es werden in den Gemeinden alle Vorbereitungen geschaffen werden müssen, um die Herstellung und den Vertrieb von Brot und anderen Backwaren durch die Gemeinde in Verbindung mit der Konsumgenossenschaft zu bewerkstelligen.

Abbau der Löhne.

Wie manche Unternehmer die Arbeitslosigkeit in ihrem Interesse auszunutzen versuchen, kann man alle Tage erleben. Auf ein Inserat in der „Volkszeitung" vom Sonnabend früh, wonach die Norddeutsche Mühlenbauanstalt, Koppenstraße, Werkzeugmacher verlangte, meldeten sich um eine Stelle zirka 200 Mann. Der Direktor nutzte die Situation auch sofort aus, denn er bewilligte 1,65 M. pro Stunde, obgleich der Kollektivvertrag 3,20 M. als Einstellungslohn vorschreibt. Und dann redet man von den Arbeitern, die auf solche Bedingungen nicht sofort eingehen, von Arbeitsscheuen.

Ein braver Genosse. Der 4. Wahlkreis verliert in der Person des unschuldig erschossenen Zigarrenhändlers **Johannes Müller**, wohnhaft Memeler Straße 1b, einen der tüchtigsten Genossen. Müller war seit 16 Jahren politisch organisiert und ein überzeugter Anhänger der U. S. P. D. Er war für jede Kleinarbeit zu haben, beteiligte sich an jedem Zahlabend und nahm bei allen wichtigen Angelegenheiten an der Diskussion teil. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung und bei den Stadtverordnetenwahlen war er von früh bis abends auf dem Posten. Sein trauriges Ende ist den Genossen bekannt. Müller wurde von übelgesinnten Nachbarn **denunziert**, die ihm nachsagten, er habe auf Regierungstruppen geschossen. Kein Wort war davon wahr. Die Denunziation hatte zur Folge, daß bei ihm **gehaussucht** wurde. Obwohl die Regierungstruppen jeden Winkel durchstöberten, fiel ihnen keine Waffe in die Hände. Die **Mitgliedskarte der U.S.P.D.** und verschiedene Schriften über die russische und französische Revolution genügten jedoch dem Führer der Truppe, Leutnant **Baum**, den Genossen Müller zum Tode zu verurteilen. Das war ein glatter Mord. **Vor den Augen seiner Angehörigen wurde Müller im Hofe erschossen.** Er hauchte sein Leben aus mit den Worten, daß er für die Unabhängige Partei sterbe. Die Genossen des 4. Kreises werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Einäscherung der Leiche findet am kommenden Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Dem Verdienste seine Krone. Die Verteidiger des Polizeipräsidiums anläßlich der letzten Kämpfe haben das Eiserne Kreuz erhalten. Das gibts also auch noch in der sogenannten sozialistischen Republik. Was will man noch mehr?

Möbelverkauf durch die Stadt Lichtenberg. Der immer noch vorhandenen **Möbelnot und Möbelteuerung**, von der besonders die einen neuen Hausstand begründen Wollenden betroffen werden, sucht die Stadt **Lichtenberg** durch einen eigenen Verkauf einfacher und preiswerter Stuben- und Kücheneinrichtungen zu steuern. Auskünfte erteilt bereitwilligst die **Möbelbeschaffungsstelle Rathausstraße 7.** Eine sehr zu empfehlende Besichtigung der **städtischen Möbelschaustellung** in dem Festsaal des Schulgebäudes Holteistraße dürfte zur regen Benutzung der kommunalen Verkaufseinrichtung beitragen.

Erleichterung für Umzüge auf der Eisenbahn. Zur Förderung des Umzugsverkehrs aus den großen Städten ist trotz der Betriebsschwierigkeit von der Eisenbahnverwaltung für den nahenden Umzugstermin (mit sofortiger Gültigkeit) genehmigt worden, daß Güterwagen für Umzugsgut unmittelbar bei den Güterabfertigungen ohne die bisher erforderliche besondere Genehmigung der Eisenbahndirektion bestellt werden können. Es empfiehlt sich, bei der Wagengestellung einen Ausweis über den Umzug vorzulegen.

Ärztliche Versorgung der Kriegshinterbliebenen in Neukölln. Der Magistrat hat beschlossen, die ärztliche Versorgung der Kriegshinterbliebenen entsprechend dem für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer getroffenen Abkommen zu regeln. Die erforderlichen Krankenscheine werden bis auf weiteres nur im städtischen Kriegsfürsorgeamt, Ganghoferstraße 10/11, 1 Treppe, gegen Vorlage der Rentenbescheide ausgestellt. Für die kriegsbeschädigten Rentenempfänger und ihre Familienmitglieder ist eine entsprechende Regelung schon seit mehreren Jahren getroffen. Die entstehenden Kosten werden aus Mitteln der städtischen Kriegswohlfahrtspflege bestritten.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Wer vom 1. April 1919 ab seinen **Zucker** von einem anderen Kleinhändler als bisher beziehen will, muß die Ummeldung in der Zeit vom 15. bis zum 25. März d. J. einschließlich, bewirken. — Vom Sonntag, den 23. März, ab werden bis auf weiteres folgende Milchmengen ausgegeben: Auf die „A I"-Karten 1 Liter, auf die „A II"-Karten ¾ Liter, auf die „B I"-Karten ½ Liter, auf die „B II"-Karten ¼ Liter, auf die „C I" und „C II"-Karten für 4 Tage je 1 Büchse Kondensmilch zum Einheitspreise von 1,50 M., ohne Rücksicht auf den auf den Büchsen aufgedruckten Preis. Die Krankenkarten, Bezugsscheine und Sonderkarten werden voll beliefert. — Bis Mittwoch, den 26. März, in den Bezirken der 53., 55., 58. und 71. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Käse.

Charlottenburg. Vom 24. bis 30. März. Es gelangen zur Ausgabe: 250 Gramm Fleisch oder Ersatz lt. besonderer Bekanntmachung. 5 Pfund Kartoffeln. ½ Pfund Zucker. — Allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck Charlottenburg: 250 Gramm Marmelade auf Abschnitt 107, 150 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 109, 150 Gramm Graupen auf Abschnitt 110. — Groß-Berliner Nährmittelzusatzkarte für Jugendliche mit Aufdruck Charlottenburg: 100 Gramm Haferflocken auf Abschnitt 30. — Rote Nahrungsmittelkarte: ¼ Pfund Räucherwaren auf Abschnitt 217 sowie auf Abschnitt „a" der Berliner Bezugskarte. Frische See- oder Flußfische je 1 Pfund auf die Abschnitte 216 und 223 sowie auf Abschnitt „Gz" und „Kr" der Berliner Bezugskarte. Abschnitt 216 ist vorzugsweise zu bedienen. Salzheringe ½ Pfund auf Abschnitt 226, Serie IV—VI.

Wilmersdorf. Vom 24. bis 30. März: Fortsetzung des Verkaufs von Fischwaren, von markenfreiem Weißkohlsauerkraut, bis 27. März von 150 Gramm losen Suppen (109 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte), bis 31. März von 1 Briefchen Süßstoff (19 der roten Haushaltungsbezugskarte) und bis 27. März Voranmeldung auf 1 Pfund Nährmittel auf 10 der roten Zusatznährmittelkarten A I und A II für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre. Neuausgabe von 250 Gramm Marmelade auf Abschnitt 107 von zusammen 250 Gramm Teigwaren (Wasserware) auf die Abschnitte 110 und 111 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte und von 100 Gramm Teigwaren (Wasserware) auf Abschnitt 31 (I) der Lebensmittelkarte für Jugendliche. Vom 26. März ab auf Abschnitt 54 der gelben Eierkarte ein Ei. 4 Pfund Kartoffeln auf Karten. 1 Pfund aus der Vorratsmenge. Die Brotkarten der 13. Brotkartenwoche sind gesperrt, dafür werden in der Woche vom 24. bis 30. März auf die Abschnitte 5, 6 und 7 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte Brot und Mehl abgegeben, und zwar auf Abschnitt 5 500 Gramm Brot oder 300 Gramm Mehl, auf Abschnitt 6 550 Gramm und auf Abschnitt 7 1000 Gramm Brot. Die Wochenkopfmenge an Fleisch ist bis auf weiteres auf 250 Gramm für Erwachsene, bezw. 125 Gramm für Kinder festgesetzt. Auf jeden Fleischkartenabschnitt entfallen also 25 Gramm.

Lichtenberg. Woche vom 24. März an: 400 Gramm Marmelade: Abschnitt 105 gemeinsame Lebensmittelkarte. 150 Gramm Teigwaren: Abschnitt 109. 2 Pfund Gemüsekonserven: Abschnitt 112. Inländischer Sauerkohl ohne Kartenabschnitt. Fluß- und Seefische: Abschnitt 327 E. J. G. K. Lichtenberger Lebensmittelkarte. ¼ Pfund Räucherwaren: Abschnitt 328 E. J. G. K. — Auf Urlauberbezugskarten: 100 Gramm Nährmittel und 250 Gramm Marmelade.

Pankow. Vom Montag, den 24. März ab wird in den bekannten Geschäften Marmelade ausgegeben, und zwar gelangen auf die Bezugs- und Quittungsabschnitte 107 und 108 der allgemeinen Lebensmittelkarte je 250 Gramm, also zusammen 500 Gramm, zum Preise von 1 M. zum Verkauf. — Für Kranke und schwangere Frauen, welche nach der geltenden Verordnung über die Regelung des Milchverbrauchs und der Milchversorgung des Kreises Niederbarnim vom 12. März 1918 über den 31. März 1919 hinaus noch Anspruch auf Vollmilch haben, findet die Neuausgabe der Milchkarten vom 24. bis 29. März 1919 in der Milc[illegible]ung, Neue Schönholzer Str. 35, 2 Treppen, in den Zimmern 8 und 89, in der Zeit von 8—2 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags, statt, und zwar für Personen mit dem Anfangsbuchstaben: A bis F am Montag, den 24. März, G bis J am Dienstag, den 25. März, K bis L am Mittwoch, den 26. März, M bis R am Donnerstag, den 27. März, S bis T am Freitag, den 28. März, U bis Z am Sonnabend, den 29. März. Beim Umtausch sind die alten Milchkarten, welche mit Namen und Wohnung des Inhabers versehen sein müssen, als Ausweis vorzulegen. Die Milchkarten müssen persönlich in Empfang genommen werden; eine Zusendung durch Boten findet nicht statt. Die neuen Milchkarten sind dem bisherigen Händler zwecks Abtrennung der beiden Milchkartenabschnitte bis spätestens Montag, den 31. März, vorzulegen. Auf beiden Abschnitten muß Name und Wohnung des Inhabers vermerkt sein. Für verlorengegangene und abhandengekommene Karten wird Ersatz nicht geleistet. Um das lästige Anstellen bei der Ausgabe von Milchkarten am Schlusse des Monats tunlichst zu vermeiden, wird dringend empfohlen, von den nachmittags festgelegten Zeiten ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Treptow verteilt außer den üblichen Rationen: 100 Gramm Nährmittel auf Abschnitt 103 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 250 Gramm Kunsthonig auf Abschnitt 106 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. 1 Paket Morgentrank auf Abschnitt 35 der Treptower Lebensmittelkarte für Personen über 65 Jahre. 500 Gramm Haferflocken auf Abschnitt A I und A II der Milchkarte für Monat April für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre. ¼ Pfund Räucherwaren auf Abschnitt 19 der Treptower Lebensmittelkarte, Nummeraufruf. 1 Pfund frische Fische auf Abschnitt 140 der Treptower Lebensmittelkarte, Nummeraufruf, nach Eintreffen der Ware.

Nowawes. In der Woche vom 24.—30. März 100 Gramm Grieß zum Preise von 10 Pfennig auf den Kartenabschnitt 101 der Lebensmittelkarte, 200 Gramm Dörrgemüse zum Preise von 1 M. auf den Kartenabschnitt 100 der Lebensmittelkarte. Das Gemüse ist erprobt und gut. Eine weitere Verteilung wird in unseren Kästen und bei den Kaufleuten bekanntgegeben. Die Karteninhaber haben am Montag, den 24. und Dienstag, den 25. d. M., die Kartenabschnitte 103 und 109 der Lebensmittelkarte bei dem Kleinhändler abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Verspätete Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Die Ausgabe der Ware findet vom Freitag, den 28. bis Sonntag, den 30. d. M. statt. — Infolge der jetzigen Verkehrsschwierigkeiten werden Kartoffeln nicht in genügender Menge angeliefert. Die Kartoffelration wird daher vom 24. März ab bis auf weiteres pro Kopf und Woche von 5 Pfund auf 3 Pfund herabgesetzt. Zum Ausgleich für die weggefallenen 2 Pfund Kartoffeln werden Kohlrüben in jeder Menge abgegeben. — Infolge der eingetretenen Transportschwierigkeiten ist der zur Anmeldung gelangte Morgentrank nicht eingetroffen. Wir sind daher genötigt an Stelle desselben 1 Suppenwürfel zum Preise von 13 Pfg. auszugeben.

Aus den Organisationen.

4. Wahlkreis. Heute Montag, den 24. März, abends 7½ Uhr, findet in folgenden Lokalen der Frauen-Leseabend statt: **Laaser**, Lausitzer Str. 25, **Mix**, Skalitzer Str. 59c, **Merkmann**, Große Frankfurter Str. 16, **Huth**, Warschauer Str. 61, **Schwarz**, Langestr. 53, **Rott**, Straßmannstr. 29, **Rätsch**, Friedeberger Str. 1, **Polack**, Tilsiter Str. 77.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Die Berliner Stadtanleihe von 1[...]

ist eine Klasse für sich,

darum versäumt die Zeichnung nicht.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. 7½ Uhr: Gas.

Opernhaus 7 Uhr: Der Freischütz.

Schauspielhaus 7 Uhr: Othello.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater 7 Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Kammerspiele 7 Uhr: Fasching.
Kleines Schauspielhaus 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Lessing-Theater Direkt.: Victor Barnowsky. 7 Uhr: Der rote Hahn. Dienstag: Der Biberpelz. Mittwoch: Der rote Hahn.

Deutsches Künstler-Theat. 7 Uhr: Der Schöpfer. Dienstag und Mittwoch 7 Uhr: Der Schöpfer.

Central-Theater. 7½ Uhr: Die Schönste von Allen.

Deutsch. Opernhaus Charlottenb. 7 Uhr: Der Troubadour.

Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7½ Uhr: Hannerl. Das Dreimäderlhaus. II. Teil.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Salto mortale.

Komische Oper. 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus. 7½ Uhr: Die spanische Fliege

Metropol-Theater. 7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Schiller-Theater Charlottenburg 8 Uhr: Die große Pause.

Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm 4a Norden 81 7½ Uhr: Die keusche Susanne

Palast-Theater. 7 Uhr: Christus

Thalia-Theater 7 Uhr: Zur wilden Hummel.

Theater am Nollendorfplatz. 7 Uhr: Wo die Lerche singt.

Theater des Westens. 7½ Uhr: Madame Sherry.

Wallner-Theater 7½ Uhr: Geisha. Sig. 3½ Uhr: Graf v Luxemburg.

Rose-Theater 7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus Gastspiel d. Friedrich Wilhelmstädt. Theaters.

Walhalla-Theater 7½ Uhr: August der Starke

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr: Der Schlager der Spielzeit. Das neue Berliner Volksstück: **Vater Knolle.** Dazu erstklassige Spezialität.

Wintergarten täglich 7½ Uhr **Varietévorstellung** Rauchen gestattet.

Piano oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft **Schachtschneider**, Invalidenstr. 33, III. Preisangebote erbeten.

Achtung!! Niederschöneweide Die Spedition der „Freiheit" befindet sich Sedanstraße 57 bei Schaffraniet.

Achtung!! Die Spedition der **„Freiheit"** in **Johannisthal** befindet sich Kaiser-Wilhelm-Str. 33 bei Göpfert

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83/85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Mittwoch, den 26. März 1919, abends 7 Uhr,
Große allgemeine Branchenversammlung der Klempner
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.
Tagesordnung:
1. Vortrag: „Das System der Arbeiterräte." Referent: Kollege Richard Müller, Vorsitzender des Vollzugsrats der A.- und S.-Räte.
2. Aussprache.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung darf kein Klempner fehlen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Freiheits-Spediteure
Mittwoch, den 26. März, abends 7 Uhr
Versammlung bei Gö[...]inz, Prenzlauer Straße 29.
Tagesordnung:
1. Wie organisieren wir uns und zu welchem Zweck.
2. Evtl. Wahl.
3. Verschiedenes.
Pünktl. Erscheinen bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt notwendig.
Zutritt haben nur Spediteure.

Friedrich Franz Goldau:
Dämmerung.
Schauspiel in 4 Akten.
Preis vornehm gebunden mit Bild des Autors 6,00 Mark, broschiert 4,00 Mark.
Das Drama der Revolution.
Das Drama wurde vom Autor s. Zt. auf Anforderung hin dem Kultusministerium vorgelegt und nach „Prüfung" in der Weise genehmigt, daß der Autor, der damals die Hauptschriftleitung des „Kronenkampf" in Händen hatte, den Verlag niederlegen und sich in die Wände eines Militärbüros zurückziehen mußte. Das Drama ist nunmehr in der alten Fassung unter Berücksichtigung des Umsturzes vollendet worden. Dieses Drama ist ein Spiegel der gestürzten Autokratie. Anforderungen beim
Pugnamus-Verlag, Essen, Dreilindenstr. 24 und **Otto Klemm, Leipzig.**

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden
spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag, Mundausbrüche, Manneschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut von **Dir. Löser senior.** Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz. Röntgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Bäder. Behandlungszeit 9-1 4-9. Sonnt. 9-1. Separates Damenzimmer.

PIANOS Adam, Münzstr. 16
große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie **neuer** Pianos. Panzerplatte, weiße Filze, Kupferbespannung 1800 Mark.
Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Zeitungsfrauen
werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin:
Bley, Nauenerstraße 35.
Kreutch, Bleibtreustraße 50.
Henkel, Usedomstr. 18.
Hackbarth, Lindenbergplatz 2.
Hennig, Rammstraße 14.
Wierichner, Wildhüter Straße 92.
Döring, Steinmetzstraße 23.
Peterlein, Straßburger Straße 24.
Wienike, Dragonerstr. 1.
Schiffbauerdamm 19.
Charlottenburg:
Lorenz, Wallstr. 68.
Niederschöneweide:
Schaffraniet, Sedanstraße 57.
Steglitz:
Naud, Albrechtstr. 6.
Wilmersdorf:
Benecke, Gieselerstraße 25.
Spandau:
Köppen, Berlinerstr. 64.

Homöopath. Inst. Meißner Müggelstr. 25 am Bahnhof Frankf. Allee für Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleiden, nerv. Schwäche. Spez. veralt. Fälle bei schneller sich. u. schmerzl. Behandl. ohne Berufsstörung. - Ausk. kostenl. Sprechst. 10-1, 5-8. Sonnt. 10-12

Botenfrauen welche in der Nähe des Magdeburger Pl. wohnen, werden verlangt. **Marie Döring**, Steinmetzstraße 23.

Zeitungsfrauen sucht **Lehmann**, Liebigstraße 16.

Kleine Anzeigen

Schreibarbeiten, Gesuche, Bücherordnen, Schriftsätze, Stellengesuche, Konzessionen, Darlehen, Verkäufe, Krankenkassen-Aufnahmen, Versicherungen allerbilligst besorgt, auch auswärts. Direktions-Büro, Borsigstraße 11

Laudrichter, außerdienstlich, Rechtsbeistand in allen erdenklichen Rechtsfällen, Gerichtsvertretung, Eingaben usw. Beratung kostenlos. Lothringer Str. 47, Müllerstr. 176.

Kostenfreie Raterteilung, allerbilligste Prozeßführung, Ehescheidungs-, Alimenten-, Pfändungs-, Strafsachen, Unterstützungs-, Rentengesuche, Verpachtungen, Beweismaterial, von Haeußler, Borsigstraße 11 (Stettiner Bahnhof).

Platina Gramm 10 Mk. Zahngebisse, Gold kauft Frau Linke, Blücherstraße 40.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Langestraße 27 I Ecke Andreasstraße. Alex. 3939.

Spiralbohrer, neue, kauft Unger, Moabit, Lübecker Straße 24 II, Hof.

Spiralbohrer, Gew. Bohrer, usw., kauft Bethke, Nazarethkirchstraße 52, 3—7 Uhr.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Ankauf und Reparatur von Motoren aller Systeme **Eck**, Urbanstraße 67, I.

Pianos, tadellose, gebrauchte von 13—1500,— M. verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47.

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Auswahl. Einzelne Möbelstücke gebe ich [...] ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. [...] Möllerstr. [...] eine Treppe.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer, mit Kindledersofa, Küche, Kleiderschrank, Versch. Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft **Teltz**, Köpenicker Str. 154, 4. Eig. Verkauf an Privatleute, Händler [...].

Holzräder aller Größen, Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Wendt, Brunnenstraße 96, Nord. 5534.

Kaninchen, Hühner, große Auswahl, verk. Lemm[...], Landsberger Straße 11.

Moabit. Die Spedition der „Freiheit" befindet sich vom 1. April ab nicht mehr Lübecker Str. 43, sondern **Lübecker Str. 11.**

Siemensstadt „Die Freiheit" wird den Lesern vom 1. März ab durch Boten zugestellt. Die Spedition befindet sich Wattstr. 13 bei Nowottny.

Wilmersdorf. Die Spedition der „Freiheit" befindet sich bei **Dennecke** Gieselerstraße 25 (Laden). Dort werden Bestellungen entgegengenommen und Botenfrauen eingestellt.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, spez. **veraltete**, hartnäckige **Harnleiden u. Ausflüsse**, Geschwüre, Ausschlag etc. Manneschwäche. **Ehrlich-Hata-** (Salvarsan) **Kuren.** Blutuntersuchung. Licht- und Finsen-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrische u. mediz. Bäder. Damenraum separat. Aerztlich geleitete Heilanstalt. **Löser, Münzstr. 9**, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.